

Theodor Heuss: Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945-1949

Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker. München: K.G. Saur Verlag, 2007 (Theodor Heuss: Stuttgarter Ausgabe, Briefe Bd. 4), 621 S., 30 Abb.

Neues über Theodor Heuss? Man mag es kaum glauben angesichts der in den letzten Jahrzehnten – zum Teil wieder – aufgelegten Biographien aus seiner Feder, dazu vor allem seiner Reden, seiner Erinnerungen, zudem der zahlreichen Bücher und Aufsätze über Leben und Werk des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland. Nun aber zeigt sich: Wer den ganzen Heuss sich selbst wieder lebendig machen will, der muss seine Briefe lesen. Darum ist die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus nicht genug zu loben, dass sie die von ihr seit längerem geplante »Stuttgarter Ausgabe« der Reden, Schriften, Briefe und Gespräche ihres Namenspatrons mit einem ersten Band beginnt. Er versammelt insgesamt 220 zumeist bisher nicht publizierte Briefe aus den ersten vier Jahren nach dem Ende des zweiten Weltkriegs und der NS-Diktatur, also aus dem Zeitraum, in welchem Heuss vom Zeitungsherausgeber über den württemberg-badischen Kultminister und den Vorsitz der neu gegründeten Freien Demokratischen Partei bis zum Bundespräsidenten aufstieg – eine atemberaubende Karriere in einer Zeit, als alles oder doch vieles neu begann.

Der Herausgeber, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung, hat an diese Publikation außerordentliche Mühen gewandt. Nicht nur war aus etwa 1500 nachgewiesenen Heuss-Briefen jener Jahre eine strenge Auswahl zu treffen. Ernst Wolfgang Becker hat darüber hinaus alle ausgewählten Briefe sorgfältig annotiert, die Fülle der dort genannten Personen identifiziert und in einem überaus hilfreichen Personenregister festgehalten sowie an bestimmten Stellen den zeithistorischen Kontext des jeweiligen Briefs kenntnisreich erläutert. Er hat zudem die Lebensstationen von Heuss zwischen Geburt 1884 und Tod 1963 übersichtlich zusammengefasst, und zwar als Auftakt zu einem den Briefen vorangestellten umfangreichen Essay über Theodor Heuss als Erzieher zur Demokratie. Man mag einwenden, dass diese Kennzeichnung von Heuss' Wirken besonders in den Jahren zwischen Kriegsende und Beginn der Bundesrepublik allzu eng sei. Tatsächlich beschränkt sich Becker denn auch nicht auf den Volkserzieher, der Heuss ganz gewiss in besonderer Weise war, sondern skizziert ebenso seine Tätigkeiten als Literat, Publizist und Redner, als Hochschullehrer und Kultusminister, besonders dann als Parteipolitiker

und als einer der Väter des Bonner Grundgesetzes. Nicht zuletzt nimmt Bekker den familiären Umkreis und das Freundschaftsgeflecht rund um Heuss in den Blick.

Das alles spiegelt sich in den ausgewählten Briefen. Da wird der mühsame Nachkriegsalltag lebendig, dem auch der rasch prominent gewordene Heuss nicht entging, etwa im Kampf mit der Stuttgarter Bewirtschaftungsbürokratie um die Zuteilung eines Autos oder im Dank an die in den USA lebenden Freunde Stolper dafür, dass ihre regelmäßigen Lebensmittel- (und Zigarren-)sendungen dem bis auf 105 Pfund abgemagerten Kultminister zu deutlicher Gewichts- und Gesundheitszunahme verhelfen. Trotzdem musste Heuss mehrfach wegen Krankheit seine öffentliche Tätigkeit unterbrechen, während Frau Elly Heuss-Knapp, so wie er in den Landtag von Württemberg-Baden gewählt, sogar längere Zeiten in Sanatorien zubrachte. Selbst in den ausgewählten Briefen wird zudem deutlich, wie hektisch Heuss' Arbeitstage verliefen, außer während der kurzen Ministerzeit ohne jede Hilfskraft, und erst recht, nachdem die zunächst auf Landesebene gebildeten liberalen Parteien ihn als zugkräftigen Redner entdeckt hatten. Daneben betrieb er mit Eifer die Neuauflagen seiner Biographien von Friedrich Naumann und Anton Dohrn, machte seine Lebensbeschreibung von Robert Bosch publikationsreif, gedachte in einer Broschüre der Revolution von 1848 und sorgte mit Zeitungskomentaren, vor allem in der von ihm mitbegründeten Rhein-Neckar-Zeitung zu Heidelberg, für weitere öffentliche Resonanz.

Und dann die Parteipolitik! Selbstkritisch, wie er war, attestierte Heuss sich selbst, für Organisationsfragen nicht geeignet zu sein. Überdies zeigen etliche Briefe an gute Freunde und Gesprächspartner, dass er sich nicht eigentlich als Parteipolitiker fühlte. Als er das Ministeramt in Stuttgart nach der ersten freien Landtagswahl wieder abgeben musste, um seinem Freund Reinhold Maier die Ministerpräsidentschaft zu sichern, erklärte er seinen Briefpartnern, er könne nun endlich zu seiner eigentlichen Berufung zurück kehren, zu den Büchern und zur Wissenschaft. Kaum anders seine Reaktion darauf, dass er schon lange vor Verabschiedung des Grundgesetzes als künftiger Bundespräsident gehandelt wurde (was übrigens mit der Legende aufräumt, erst der Kanzlerkandidat Konrad Adenauer habe den Präsidentenkandidaten Heuss erfunden): Er strebe nicht danach. Auch seine Wahl auf dem Gründungsparteitag der westdeutschen Freien Demokratischen Partei im Dezember 1948 zu deren erstem Vorsitzenden entlockte ihm eher distanzierte Kommentare. Da ist freilich zu bedenken, was der in fast drei Jahrzehnten bis 1933 durch alle Höhen und Tiefen einer Parteilaufbahn gegangene Heuss gewiss gut wusste, dass nämlich ein begehrenswertes Amt oder Mandat nur bekommt, wer nicht zu sehr, möglichst gar nicht danach strebt, jedenfalls in der Öffentlichkeit und sogar im Freundeskreis. Dass er ein wirkungsvoller und darum beehrter Red-

ner war, in den Parlamenten wie in der Öffentlichkeit, und deshalb für die Partei geradezu unentbehrlich, wusste er ohnehin.

Solcher Maxime entspricht, dass Theodor Heuss sein Licht gegenüber seinen Freunden keineswegs unter den Scheffel stellte, sondern in seinen Briefen gern und deutlich seine Erfolge beschrieb. Das gilt schon für die Beratung der württemberg-badischen Landesverfassung von 1947 im Stuttgarter Landtag, aber vor allem für die Verfassungsberatungen in dem seit dem Herbst 1948 zu Bonn tagenden Parlamentarischen Rat bis zur Verabschiedung des Grundgesetzes am 8. Mai 1949. In fast allen politischen Briefen aus jener Zeit schildert Heuss sehr offen, wie er als Vorsitzender der FDP-Fraktion deren Schlüsselstellung angesichts des Patts zwischen Schwarz und Rot nutzte, um wichtige Weichen zu stellen, manchmal auch gegen seine Fraktionskollegen. Das reicht von der Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung über die besonders schwierige Balance zwischen Bund und Ländern und die Konstruktion des Bundesrats bis zum Verhältnis von Staat und Kirchen. Dass er dabei mit den selbstherrlichen Führungsfiguren von Union und SPD, hier Adenauer, dort Schumacher, öfter seine liebe Not hatte, wird nicht verschwiegen. Nur eben: ein Berufspolitiker, gar heutigen Stils, war und wurde er nie.

Doch blieb ihm stets sehr bewusst, wie eng begrenzt die Zahl jener Persönlichkeiten war, die sich als vom NS-Regime Unbelastete in der neuen Ära dem politischen Wiederaufbau widmen konnten, wie unentbehrlich also er selbst geworden war. Umso wichtiger wurde ihm der Kreis der Freunde und Gesinnungsgenossen aus der Zeit vor 1933, soweit sie das Unheil überlebt hatten, ganz überwiegend aus der Deutschen Demokratischen, späteren Staatspartei, doch auch darüber hinaus im konservativen wie im sozialdemokratischen Bereich. Eindrucksvoll wird in den Briefen deutlich, wie sehr ihm in seinen vielfältigen Aktivitäten dieses Netzwerk half, das die zwölf Jahre Hitler fast unverändert überdauert hatte, ganz gleich, ob seine Mitglieder wie er selbst in der inneren Emigration verharnt hatten oder zur Emigration in das Ausland gezwungen worden waren.

Freunde wie August Weber in London, Wolfgang Glaesser in Zürich oder Gustav und Toni Stolper in New York gaben nicht nur Rat, sondern öffneten auch manche Tür im Ausland zu einer Zeit, als die Deutschen noch ganz isoliert von der Welt unter Besatzungsregime lebten – so zum Beispiel August Weber zu den britischen Liberalen, Gastgebern des Gründungskongresses der Liberalen Internationalen in Oxford anno 1947, an welchem Heuss als deutscher Delegierter teilnahm. Dem aus der Emigration zurück gekehrten Alfred Döblin gratulierte er zu dessen siebzigstem Geburtstag. Manche Söhne emigrierter Freunde begegneten ihm nun als Angehörige der amerikanischen Besatzungsverwaltung und suchten seinen Rat. Mit Shepard Stone, dem nachmals berühmten leitenden Mann der Ford Foundation und Gründer des

Aspen-Instituts, damals als US-Offizier in Deutschland, verband ihn, dass Stone bei dem Heuss eng verbundenen Historiker Hermann Oncken in München promoviert und vor 1933 in Berlin an seinen Vorlesungen teilgenommen hatte.

Für Heuss gilt jedenfalls nicht, was den damaligen Deutschen bis heute vielfach nachgesagt wird, dass sie nämlich verschwiegen und verdrängten, was gerade erst gewesen war. Bei aller Kritik an den von den Besatzungsmächten vorgegebenen, allzu groben Methoden der Entnazifizierung, die auch Heuss übte, bezeugen seine Briefe doch vielfach, dass und wie sehr ihm an einer Reinigung vom Gift des Nationalsozialismus gelegen war, und zwar nicht kollektiv, sondern nach dem Maß der persönlichen Verantwortung. Als die hessische FDP unter August Martin Euler zur Bundestagswahl 1949 ein Abkommen mit der ganz rechts angesiedelten »Nationaldemokratischen Partei« eines längst vergessenen Herrn Leuchtgens traf, übte Heuss daran scharfe briefliche Kritik – erstes Anzeichen der späteren Flügelkämpfe in der FDP zwischen »national« und »liberal«. Dass er selbst dem Ermächtigungsgesetz von 1933 aus Fraktionsdisziplin zugestimmt hatte, statt nach seiner eigenen Erkenntnis Nein zu sagen, und damit einen schweren politischen Fehler begangen hatte – schon 1947 Gegenstand eines hauptsächlich auf Reinhold Maier zielenden Untersuchungsausschusses im Stuttgarter Landtag –, war ihm sehr bewusst, wie aus anderen Publikationen hinlänglich bekannt. Doch pochte er, so in etlichen Briefen, mit Recht darauf, dass er damit keine Schuld auf sich geladen, vielmehr durch die Nazis seinen Beruf wie auch seine politischen Positionen verloren habe und dem Widerstandskreis um Goerdeler durch die gemeinsame Bosch-Connection verbunden gewesen sei.

Wie nach ganz rechts, zog Heuss auch nach ganz links scharfe Grenzlinien. So positiv er noch im Sommer 1947 vom Eisenacher Parteitag der ostzonalen LDP berichtete, auf dem er als Ko-Vorsitzender der aus LDP und den westdeutschen FDP-Landesparteien gebildeten, alle vier Besatzungszonen umfassenden Demokratischen Partei Deutschlands eine der Hauptreden hielt, so deutlich wurde er nur ein halbes Jahr später in seinem umfangreichen »Scheidbrief« an den ostzonalen Ko-Vorsitzenden Dr. Wilhelm Külz – auch er ein Angehöriger des alten Netzwerks – angesichts der immer klarer werdenden Abhängigkeit der LDP-Führung von den Weisungen der sowjetischen Besatzer und von der durch diese in die Macht eingesetzten SED. Kurz darauf wurde das Scheitern der einzigen nach 1945 geschaffenen gesamtdeutschen Partei, der DPD, förmlich vollzogen, dies noch vor Währungsreform und Berlin-Blockade als frühes Zeichen der Teilung Deutschlands zwischen West und Ost.

Für all dies und noch mehr ist die Briefausgabe, zunächst einmal für die Jahre 1945 bis 1949, eine wahre Fundgrube. Sie schließt als wichtige Primärquelle zu ihrem Teil die Lücke zwischen den bis 1933 reichenden Lebenserinnerun-

gen des ersten Bundespräsidenten und den 1955 beginnenden Heuss'schen Tagebuchbriefen an die verwitwete Freundin Toni Stolper, beides längst publiziert. Umso dringender wird der Wunsch nach der immer noch ausstehenden großen Biographie von Theodor Heuss. Wer immer sich daran wagt, wird sie in den Zusammenhang der Zeitgeschichte stellen müssen. Dazu hat Ernst Wolfgang Becker in seinem Einleitungssessay eine Reihe wichtiger Fragen aufgelistet, die nun der Beantwortung harren.

Bonn

Barthold C. Witte

Hans-Volker Schwarz: Die Berliner Liberalen im Brennpunkt des Ost-West-Konfliktes 1945-1956 – vom Landesverband der LDP Groß-Berlin zur FDP Berlin (West) und LDP(D) Berlin (Ost).

Frankfurt/Main: Peter Lang (= Schriften zur Europa- und Deutschlandforschung Bd 13) 2007, 709 S.

Ein merkwürdiges Buch verbirgt sich hinter dem langen Titel über die Berliner Liberalen, eine Dissertation *des Autors* der Geschichtswissenschaft an der Universität Bochum aus dem Jahre 2004. Zunächst hat sich der Rezensent gefragt, wie über 11 Jahre der Berliner LDP/FDP-Geschichte 700 Druckseiten zustande kommen können. Nach der Lektüre, der das als dicke Broschüre gebundene Buch nicht standhält (einzelne Seiten fallen heraus), fragt sich der Rezensent auch, was der Autor eigentlich beabsichtigt hat. Es ist im Gegensatz zum Titel eine Geschichte der LDP(D) unter besonderer Berücksichtigung des Berliner Landesverbandes (LV), der ja als einziger liberaler Landesverband in Ost und West gespalten worden war. Bei genauerem Hinsehen ist es aber eigentlich nur ein Buch über die »Ära« Schwennicke, des Landesvorsitzenden von 1946 bis 1956. Er ist nämlich die alleinige zentrale Figur des Buches, ohne dass der Autor Schwennickes Politik in der Partei und Öffentlichkeit klar analysiert und erläutert. Schwennicke beherrscht fast jeden Absatz des Textes, aus seinen Reden, Schreiben oder Zeitungsartikeln wird aber sehr selten zitiert. Durch das Buch zieht sich wie ein roter Faden: Der LV Berlin »unter Schwennicke« oder noch undemokratischer die »Parteileitung« durch Schwennicke. Dabei ergeben sich insgesamt viele Ungereimtheiten, Wiederholungen und sogar Widersprüche. Im wissenschaftlichen Sinne ergeben sich durch die oberflächlichen Darstellungen keine neuen Erkenntnisse. Ein gravierender Fehler ist das Fehlen eines Personenregisters. Zwar wird die einschlägige Literatur weitgehend, aber leider auch ziemlich ungeprüft ausgewertet, einschließlich reichlicher Stasi-Unterlagen, auf Zeitzeugen-Gespräche hat der Autor jedoch verzichtet. Und nicht zuletzt: An Druckfehlern mangelt es leider auch nicht. Das schönste Beispiel ist Stephan Werner (S. 39) statt Werner Stephan.

In seiner Einleitung nimmt H.-V. Schwarz allgemein den Liberalismus und die FDP in den Blick. Dabei macht es sich der Autor mitunter zu einfach. Liberale Prägung erhielt die Partei nicht erst »durch das Wirken einer neuen Generation westdeutscher Liberaler nach dem »Jungtürken-Aufstand« im Jahre 1956« (S. 3). Liberale Landesverbände gab es vielmehr bereits seit